

Der „Freiheit“ erscheint wochentlich am Samstag und Montag nur einmal. Der Rest des Monats... (Subscription details)

Die achtzehnjährige... (Subscription details for children)

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die paritätische Schlichtungsordnung.

Sozialpolitik läßt sich nach den Mitteln, mit denen sie ihr Ziel zu erreichen trachtet, in zwei Gruppen teilen. Die eine Gruppe oder Art sozialpolitischer Gesetzgebung umfaßt den Arbeiterschutz, die andere bezieht sich auf die Lohnpolitik und den Arbeitsvertrag. Der Zweck jener Art von Gesetzen ist der unmittelbare Schutz des körperlichen Daseins des Arbeiters vor den Verwüstungen des Fabriklebens durch Sozialversicherung und Gewerbeaufsicht; Arbeiterschutz soll direkte Hilfe oder Beihilfe des Staates oder besonderer, unter der Aufsicht der Organe der Gesetzgebung und Staatsgewalt stehender Körperschaften zwecks Erhaltung des Lebens der Arbeiter sein. Die zweite Gruppe von sozialpolitischen Gesetzen beginnt in Deutschland mit der Einführung der Koalitionsfreiheit durch die Gewerbeordnung und endet mit dem Versuch, die Koalitionsfreiheit aufzuheben durch die „Schlichtungsordnung“ des Herrn Schilde. Bis zu diesem Scheitern war es der wesentliche Zweck dieser Art der Gesetzgebung, die Selbsthilfe der Arbeiterschaft frei zu machen, um danach den entscheidenden Organen der Selbsthilfe, den Gewerkschaften, die Begründung und Gestaltung einer „Arbeitnehmer“-Lohnpolitik selbst zu überlassen.

Die Beziehungen zwischen beiden Arten von sozialpolitischen Gesetzen ist so eng, wie der Körper des Arbeiters mit der im Arbeitsvertrag gegen Lohn verkauften Arbeitskraft verbunden ist. Ihr letztes Ziel ist denn auch völlig gleich, sofern man über die weiteren politischen Absichten hinwegsieht, die die eine oder andere Regierung oder Herrschaftsform oder die Arbeiterklasse selbst mit bestimmten sozialpolitischen Gesetzen verbindet. Diese Absichten können natürlich ungemein verschieden sein. Sie pendeln zwischen dem Willen der Arbeiterklasse, die Sozialpolitik zu benutzen zur Stärkung ihrer Kampfstellung gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft, und dem Versuch reaktionärer Strömungen, die Sozialpolitik zu einem Mittel zur Unterdrückung oder mindestens Einschränkung der Arbeiterschaft zu gestalten. Die gebrauchte ideologische Formel für die Zwecke der Sozialpolitik aber, deren allgemeine Anerkennung teils auf die Forderungen der Arbeiterschaft, teils auf das Bedürfnis der Unternehmer für eine gesunde und leistungsfähige Arbeiterschaft zurückzuführen ist, ist der „Schutz des wirtschaftlich Schwachen“, worin der man bisher trotz allem Geistes der „notleidenden Industriellen“ doch noch immer die Arbeiter verstanden hat. Diese von wohlmeinenden Sozialpolitikern entdeckte und von gefährlichen arbeitserindlichen Demagogen gern benutzte Formel kann zwar irreführend sein, aber wir müssen uns doch an sie halten, wenn wir den sozialpolitischen Gesetzgebern auf die Schliche kommen und den Abstand zwischen ihren Lobpreisungen und der Wirklichkeit erkennen wollen.

Direkte Eingriffe des Staates und seiner Organe in die Lohnpolitik — etwa durch Festsetzung von geschlossenen Mindestlöhnen — gab es in Deutschland nicht. Auch in Bezug auf den Arbeitsvertrag beschränkte sich die Gesetzgebung auf die Anordnung einiger allgemeiner Normen, die jedoch keineswegs absolut bindend waren, sondern der privaten Abmachung den freiesten Spielraum ließen. Auch die Einrichtung von öffentlichen Schlichtungsorganen für Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrag ist kein solcher Eingriff. Bei der Festsetzung der Arbeitsverträge und Löhne bewegen sich die Gewerkschaften — theoretisch — völlig ungehindert. Die Gesetzgebung, die das Koalitionsrecht gewährt und dadurch die Bildung von Arbeiterkoalitionen fördert, wirkt nur insofern mittelbar auf die Gestaltung des Arbeitsvertrages ein, als das durch die solidarische Betätigung in den Organisationen gesteigerte Kollektivbewußtsein der Arbeiter im beständigen Kampfe gegen den Widerstand der Unternehmer allmählich zum kollektiven Abschluß des Arbeitsvertrages, zum Tarifvertrage führte.

Mit der neuen Form des Vertragsabschlusses entwickelten sich selbstgeschriebene Gesetze für die Durchführung der Verträge und eigene Organe zur Überwachung der Durchführung. Aus der Grundlage des Kampfes und des völlig freien Privatvertrages entstanden hier letztere Normen für den Arbeitsvertrag, als die Gesetzgebung sie bisher zu schaffen vermochte, und bald tauchte der Gedanke auf, den Tarifverträgen gesetzliche Verbindlichkeit zu geben und ihren Abschluß an gewisse öffentlich-rechtliche Voraussetzungen zu knüpfen. Die Schwierigkeiten der Materie ließen jedoch alle Beteiligten immer wieder von diesem Gedanken Abstand nehmen. Jede

Neue Offensive gegen die Polen.

Die dritte polnische Armee geschlagen.

H. N. Gans, 26. Juni.

Die seit einem Monat ständig angekündigte große bolschewistische Offensive, die dann jedesmal wieder dementiert wurde, scheint nunmehr mit dem gestrigen Tage tatsächlich auf der ganzen Linie eingesetzt zu haben.

In dem amtlichen Moskauer Bericht heißt es heute, daß infolge des Eingetretens der russischen Kavallerie in die vorderen polnischen Linien folgendes Ergebnis erzielt sei:

- 1. Die 2. polnische Armee ist außer Gefecht gesetzt.
- 2. Die dritte polnische Armee in der Gegend von Kiew ist von ihren hinteren Verbindungen abgeschnitten.
- 3. Die 6. polnische Armee in der Gegend von Polonski hat in ihrer rechten Flanke die Stütze verloren und ihren Rückzug bereits begonnen.

Ausgehend von dem Einbruch in die polnische Front hat die russische niederschmetternde Offensive auf der ganzen Front begonnen. Die 3. polnische Armee hat auf die Gefahr hin, ganz in unsere Hände zu fallen, ihre Konvois, Depots und Lager vernichtet. Ihr Rückzug ist in Flucht ausgeartet. Ein Teil der Armee ist in unsere Hände gefallen, ein anderer Teil hat sich über Felder und Wälder zerstreut. Dem Rest gelang es, über Kompositen sich einen Rückweg zu bahnen. Jedenfalls existiert die 3. polnische Armee nicht mehr. Die ganze Gegend von Jutzi (P) ist von brennenden Konvois und Autos aller Arten erfüllt. Wir haben 70 Geschütze, 250 Maschinengewehre, ungezählte Gewehre und Kanonen erbeutet. Gegenwärtig ist die 6. polnische Armee im Rückzug begriffen, die 2. polnische Armee hat sich zurückgezogen, um sich zu erholen. Die 3. existiert nicht mehr. Die rote Armee marschiert auf der ganzen Front vorwärts. Sie hat die Linie Kurlisch-Jalata-Winnitza-Raisa überschritten.

Gegen die Unterfütterung des polnischen Feldzuges.

Das Westeuropäische Sekretariat der Kommunistischen Internationale erläßt an die Proletarier aller Länder Westeuropas einen Aufruf, in dem zur Verhinderung des

Diskussion über das Thema führte immer wieder zu der Ueberzeugung, daß die Hindernisse schier unüberwindlich seien. Der Fehler war nur, daß man, abgesehen von politischen Bedenken, die auf allen Seiten, beim Staat, wie bei den Arbeitern und Unternehmern bestanden, die Schwierigkeit nur immer darin sah, daß die freie Entwicklung des Tarifgedankens noch nicht genügend fortgeschritten war, um gesetzliche Bindungen ertragen zu können. In Wahrheit liegt es darin, daß der Versuch, das Problem im großen Umfange zu lösen, darauf hinauslaufen muß, dem auf privatrechtlicher Grundlage entstandenen Tarifvertrag öffentlich-rechtlichen Charakter zu geben und ihn damit in eine seinem ursprünglichen Wesen völlig fremde, seinem Gedeihen absolut unzutragliche Sphäre zu versetzen.

Die Lösung des Problems bis zu einem gewissen Grade, der noch den natürlichen Bedingungen des Tarifwesens entspricht, ist leicht möglich und ist erfolgt durch die bekannte Verordnung vom 23. November 1918. Die Schlichtungsordnung macht nun den Versuch zur Lösung der Frage im großen Umfange. Und sie macht dabei den entscheidenden Fehler — ihre sonstigen Nichtswürdigkeiten haben wir schon zum Teil gewürdigt —, daß sie die Grundzüge, unter denen privatrechtliche Verträge zustande kommen, schematisch auf den Tarifvertrag als öffentlich-rechtliche Angelegenheit, zu der sie ihn macht, überträgt, indem sie beide Kontrahenten des Arbeitsvertrages, Unternehmer und Arbeiter, gleich behandelt. Sie fordert von beiden die Anrufung der Schlichtungsorgane und die Unterwerfung unter ihre Entscheidungen unter absolut gleichen Bedingungen.

Wir haben schon kurz auf diesen Mangel (oder ist es Niederkraft?) und auf die Folgen, die er für die Arbeiterorganisationen haben muß, hingewiesen, aber wir glauben ausführlicher werden zu müssen, um verstanden zu werden.

Der Tarifvertrag ist ein reiner Privatvertrag. Daran ändert nichts die Tatsache, daß er für einen großen Kreis von „Staatsbürgern“ Geltung hat, denn die vertragsschließenden Organisationen handeln nur als Beauftragte von Einzelpersonen und bis vor kurzer Zeit war es sogar jedem Angehörigen dieser vertragsschließenden Organisationen möglich, für seinen Teil in einem Falle von dem

Transport von Waffen, Munition und Heeresbedarf an die gegen die Sowjetrepublik kämpfenden Heere Polens aufgefördert wird. Es heißt in dem Aufruf:

Arbeiter, Arbeiterinnen! Folgt dem schönen Beispiel, das Euch Schwaben und Wälder in Litzke und anderen italienischen Städten gegeben! Folgt die mächtigen Weisungen, die die besten englischen Gewerkschaften gefordert und durchgeführt haben. Folgt alle Transporte an, von denen Ihr wißt oder vermutet, daß sie zur Unterfütterung des polnischen Feldzuges bestimmt sind. Nicht ein Wagon mit Werkzeugen, Kleidung, Stiefeln usw. für die polnischen Truppen, mit Werkzeugmaschinen für die mit Hilfe des französischen Kapitals erstellten polnischen Munitionsfabriken, darf die Grenzen Eures Landes überschreiten. Die Arbeitsmittel, Arbeitskräfte und Verlehrsrichtungen dürfen nur einem Zwecke dienen: Leben und Bedarf zu erzeugen, der dem Genuß der arbeitenden, dazuhelfenden Massen dient.

Der Aufruf sagt zum Schluß, daß den vereinigten Sozialisten die Macht der einzigen Proletarier gegenübergestellt werden müsse. Zudem die westeuropäischen Arbeiter den russischen Brüdern und Schwägern helfen, verteidigen sie ihre eigenen Interessen. Ein ungewonnenes Ruferland ist ein Untergrund für den Frieden und die Freiheit aller Völker.

Die Räumung der neutralen Zone.

Eine deutsche Note an die Friedenskonferenz.

Paris, 25. Juni. (Dawes.)

Der deutsche Gesandte in Paris Maxey überreichte dem Sekretariat der Friedenskonferenz am Freitag nachmittag eine Note der deutschen Regierung, in welcher von den Alliierten eine Verlängerung der Frist verlangt wird, die Deutschland zur Räumung der neutralen Zone gemährt wurde. Es wird darin erklärt, daß es Deutschland unmöglich ist, diese Zone bis zum 10. Juli zu räumen.

Diese Note kreuzte sich mit den drei Noten der Alliierten, die am Donnerstag dem deutschen Gesandten überreicht wurden.

Vertrag zuzutreten, ohne daß rechtliche Nachteile für ihn daraus entstanden wären.

Als Privatvertrag ist der Tarif nur möglich auf Grund der Uebereinstimmung beider Vertragsparteien. Darum ist es natürlich und selbstverständlich, daß die Vertragsbestimmungen völlig gleiches Recht und gleiche Behandlung der beiden Kontrahenten vorsehen müsse. Der Tarifvertrag beruht daher auf dem Prinzip der Parität. Anders ist er als Privatvertrag nicht denkbar.

An diesem Charakter des Tarifs ändert auch die Einrichtung von staatsrechtlich organisierten Schlichtungsstellen nichts, die die Aufgabe haben, die Arbeitsfreiheit zu schützen und kollektive Arbeitsverträge zum Abschluß zu bringen, solange die Benutzung dieser Stellen und die Unterwerfung unter ihre Entscheidungen dem Ermessen der Parteien überlassen bleibt. Die letzten Endes den Vertrag schließen und allein für seine Inangeltung bürgen.

Auch das Recht des Staates, die abgeschlossenen Verträge für allgemein verbindlich zu erklären, bedeutet keine entscheidende Veränderung des Zustandes, in dem der Tarifvertrag Privatvertrag ist, denn auch jetzt bleibt der ohne staatlichen Eingriff, lediglich auf Grund privater Verständigung abgeschlossene Vertrag das Primäre, der staatliche Eingriff, die Verbindlichkeitserklärung das Sekundäre. Der Staat begnügt sich in diesem Falle damit, den Wirkungsbereich der Bestimmungen der Vertragskontrahenten auszudehnen und die Rechtsicherheit des Vertrages zu erhöhen, ohne auf die Gestaltung des Vertrages selbst Einfluß zu nehmen.

Wollte anders wird das Verhältnis, wenn die Organe der Staatsgewalt das Recht bekommen, einen Zwang auf die Parteien auszuüben, teils zur Herstellung von Verhandlungen vor einer staatlich sanktionierten und mit großen Nachbegriffen ausgestatteten Schlichtungsinstanz zwecks Herbeiführung eines kollektiven Arbeitsvertrages, teils zur Herbeiführung der Unterwerfung der Parteien unter die Entscheidungen der Schlichtungsorgane des Staates.

Schließen beide Gruppen, Unternehmer und Arbeiter, aus freiem Ermessen einen Privatvertrag, dann stehen beide einander selbstverständlich als gleich-

Die Lebensmittelunruhen.

Kontrahenten gegenüber. Will man indes öffentlich rechtliche Bestimmungen erlassen, die die Entschlußfreiheit der Organisationen aufheben und die Bewegungen der Korporationen unter dem Zwang eines staatlichen Gesetzes stellen, so kann der Gesetzgeber dabei nicht stumpfsinnig ausgehen von dem für den Privatvertrag gegebenen Prinzip der Parität, sondern er muß anknüpfen an die natürlichen Bewegungen der Korporationen, denen das Leben der Korporationen in der gegebenen Umwelt aus sozialen oder anderen Gründen unterworfen ist. Unterwirft man das Zustandekommen der Verträge dem Gehot der Staatsgewalt, so muß man ausgeben von den Grundlagen, die die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung den vertraglich bindenden Vereinigungen bietet.

Die soziale Umwelt aber, in der die Gewerkschaften und Unternehmerverbände existieren, beruht auf der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die die Gesellschaft in Klassen mit einander widerprechenden Interessen und ungleichem Kräfteverhältnis teilt. Eine auf Parität beruhende Gesetzgebung, die die beiderseitigen Organisationen, die geschaffen sind, um die gegenseitigen Kräfte zu messen, formalistisch in den gleichen Rahmen zu spannen sucht, ist ein Teil der tödlichen Idee, daß diese widerprechenden Interessen und auseinanderstrebende Kräfte unter einem Dikt gebrochen werden können. Bei bürgerlichen Sozialreformern, die von dem Prinzip des Interessenausgleichs ausgehen, ist diese Auffassung verständlich. Sozialdemokraten aber sollten darüber einig sein, daß solche Gesetzgebung zu einer schlimmen Benachteiligung der Arbeiterschaft führen muß, daß das Prinzip der Parität hier Anwendung findet, um der Arbeiterschaft zu schaden.

Bei voller Freiheit der Vertragsschließung wird — in der Theorie — die aus der gleichen Behandlung der beiden Kontrahenten im Vertrag entstehende Benachteiligung des einen, schwächeren Teiles ausgeglichen durch die Freiheit der Entschließung, gegebenenfalls durch das Messen der Kräfte im offenen Kampf. Hierbei wird das gegenseitige Kräfteverhältnis in jedem Einzelfalle von neuem festgestellt und auf Grund dieser Feststellung erfolgt der Vertragsschluß. Schon die Möglichkeit des Kampfes wirkt in diesem Sinne regulierend.

Wird die Freiheit der Entschließung und die Möglichkeit des Kampfes aufgehoben, wie es durch ein Gesetz nach dem Muster der Schlichtungsordnung geschehen würde, wird die Kraft der Selbsthilfeorganisationen der Arbeiter gebunden, so wird das soziale Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum mit seiner ganzen großen, durch die kapitalistische Ordnung bedingten Ungleichheit ungehemmt wirksam. Darauf muß sich eine dauernde, bei jedem Vertragsschluß von neuem erfolgende Benachteiligung des sozial schwächeren Teils ergeben. Ja noch mehr: Unter solchem Gesetz steht die Arbeiterschaft bei gleicher Behandlung und Wertung ihrer Organisationen in den Verhandlungen stets der vereinten Macht der Unternehmer und der Organe des Klassenstaates gegenüber. Die Unparteilichkeit der vom Klassenstaate und seinen Organen gestellten entscheidenden Schiedsrichter ist eine Fiktion.

Die Arbeiterschaft muß daher die schematische Uebertragung des Prinzips der Parität auf diese Gesetzgebung konsequent ablehnen. Den Gewerkschaften muß die volle Freiheit der Bewegung und Entschließung erhalten bleiben. Will der Staat den Abschluß von Tarifen fördern und die Schlichtung von Arbeitsverhältnissen möglich machen, so mag er das bestehende konfuse Schlichtungswesen von Grund auf ordnen und systematisch organisieren, aber er soll die Finger von der Koalitionsfreiheit lassen. Die Benutzung der Schiedsorgane und die Unterwerfung unter ihre Entscheidungen muß in das freie Ermessen der Arbeiterorganisationen gestellt bleiben.

Roske.

Dieser verhasste und verächtliche Name wird wieder laut. „Der frühere Reichswehrminister Roske“, so wird halbamtlich gemeldet, „ist zum Oberpräsidenten von Hannover ernannt worden.“

Die Meldung klingt ungläublich, ist aber wahr. Man hat es wirklich gewagt, diesen Menschen, von dem man annehmen mußte, daß er schmachbedeckt irgendwo in der Verfassung verschwinden sei, auf einen hohen Verwaltungsposten zu stellen!

Diese Ernennung ist eine freche Herausforderung. Denn Roske ist nicht etwa ein Mann, der bloß eine gewisse Politik getrieben hat; der Mensch ist als Person widerwärtig und eine Provokation für jeden, der reinlich und anständig empfindet. Er hat nicht nur sein Scherzgebilde mit häßlichen und rohen Reden begleitet; der Mann ist vor allem doch so unendlich dumm gewesen, ist in so lächerlicher Weise den Militärs hereingefallen, daß es eine blanke Unmöglichkeit sein müßte, diesen Menschen noch zu einem hohen Staatsamt zu berufen. Wenn ein Roske in einem Oberpräsidenten taugt, so wer taugt dann nicht viel besser dazu? Denn klüger, befähigter und anständiger sind Millionen und Millionen in Deutschland.

Diese Ernennung beweist, daß sich die rechtssozialistische Führerschaft noch heute mit ihrem Roske solidarisch fühlt. Es war nur ein Wahlmandat, daß sie den Mann nicht zum Reichstag kandidieren ließen. Deshalb warteten sie mit der Ernennung bis nach den Wahlen. Ihre wirkliche Gesinnung offenbart diese Verleihung Roskes mit einem hohen Staatsamt. Herr Ebert hat seinen Schilling gut untergebracht, denn wir vermuten, daß sein Einfluß bei dieser Ernennung nicht zum geringsten den Ausschlag gegeben hat.

Den rechtssozialistischen Arbeitern aber, die sich über die Bestimmung ihrer Führer noch immer Illusionen hingeben, mag diese Verhöhnung ihres Willens, Roske in der Verfassung verschwinden zu lassen, eine bittere Lehre sein.

Von der internationalen Seemannskonferenz. Der Ausschuß für die Festsitzung der Arbeitszeit, der grundsätzlich die 48 Stunden Woche angenommen hat, lehnt mit 15 gegen 14 Stimmen einen Antrag der Vertreter der britischen Seefahrer ab, die entsprechenden Abmachungen den einzelnen Nationen gemäß ihren jeweiligen Verhältnissen zu überlassen und die Arbeitszeit im Falle auf 44 Stunden wöchentlich festzusetzen.

Die Unruhen, die in den verschiedensten Gegenden des Reiches aus Anlaß der hohen Preise für Gemüse und Obst entstanden sind, haben in den letzten Tagen größeren Umfang angenommen. Kaum waren sie in dem einen Ort beendet, als sie in anderen begannen. Auch heute liegen Meldungen vor, daß in Bremerhaven, Gesehmünde und Lehe, ferner in Magdeburg und Duisburg und auch in einigen süddeutschen Orten neuerdings die Entzündung der Bevölkerung sich gegen die Händler gewandt habe, die die Erzeugung der Verdückerung durch hohe Preise erzeugten.

So verständlich die Stimmung der Bevölkerung ist, die sich in diesen Kundgebungen äußert, so verfehlt sind sie doch in ihren Wirkungen. Es ist falsch, anzunehmen, daß die Händler, insbesondere die Kleinhandlöhler, allein die Schuld an den hohen Gemüse- und Obstpreisen tragen. Seitdem im vergangenen Jahre die Bewirtschaftung von Obst und Gemüse aufgehoben worden ist und seitdem durch die agrarische Liebesgabenpolitik die Preise für alle anderen landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf das Mehrfache des vorjährigen Preises gestiegen sind, ist eine unaufhaltsam steigende Tendenz gerade bei den Erzeugern eingetreten. Die Landwirte mühen die für sie günstige Konjunktur, die durch den Mangel an Lebensmitteln besteht, mit aller Schärfe aus.

Die Ausschreitungen, von denen die Proteste gegen die Preissteigerung in einigen Orten begleitet waren, sind nur Wasser auf die Mühlen der Reaktionen. Es ist erwiesen, daß in einer Reihe von württembergischen Orten reaktionäre Elemente, die selber an der Auswanderung der Massen lebhaften Anteil haben, die Menge zu gewaltsamen Vorgehen anreizten. Insbesondere aus Ulm wird das berichtet. Hier hat auch, trotz der Warnungen unabhängiger Genossen, kein Militär und keine Polizeiverein kommen zu lassen, da die Arbeiterschaft selbst die Ruhe aufrechterhalten werde, Polizei eingegriffen und Mündlings in die Massen hineingebracht. Ebenso bezeichnet ist die Mitleidung aus Bremen, daß die Demonstrationen zur Veränderung von jüdischen Warenhäusern angereizt wurden. Die Haltung der reaktionären Presse zeigt, daß ihr alle diese Vorformnisse sehr gelegen kommen. In einem Leitartikel: Vor neuen Unruhen, fordert die „Post“ geradezu zu solchen Demonstrationen auf.

Die Arbeiterschaft würde also nur ihren größten Feinden einen Gefallen erweisen, wenn sie ihre politische Aktion in solche einzelnen Handlungen auflösen und den Vorwand geben würde, zu einem gewaltsamen Einschreiten gegen die gesamte Arbeiterbewegung. Nicht die Händler sind der größte Feind der unmittelbaren Massen, sondern die Agrarier, deren unerträgliche Profitgier die Ursache dafür ist, daß die Preise für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse, nicht nur für Obst und Gemüse, diese unantastliche Höhe erreicht haben. Der Kampf der Arbeiterklasse muß sich deshalb richten gegen diese Agrarier und gegen die Politik der Regierung, die ihnen auf Kosten der Lebenshaltung der breiten Massen immer neue Liebesgaben gewährt.

Die Gemeinden müssen diesen Kampf unterstützen und in weit größerem Umfang als bisher geschehen ist, sowohl die Erzeugung als auch den Handel mit diesen landwirtschaftlichen Produkten in eigene Hände nehmen. Ihre Preisgestaltung muß vor allem unter dem Gesichtspunkt erfolgen, das Ansteigen der Preise zu verhindern und die mindere Mittlen Massen vor der Ausbeutung der Agrarier und der Händler zu schützen und sie mit wohlfeilen Nahrungsmitteln versehen. Die Feindschaft der Agrarier und der Händler gegen diese Betätigung der Gemeinden ist der beste Beweis dafür, daß sie von ihr eine Bedrohung ihrer Profitinteressen befürchten.

Die erste Sitzung des neuen Kabinetts.

Berlin, 26. Juni.

Offiziell wird mitgeteilt: Heute nachmittags 4 Uhr fand die erste Sitzung des neuen Kabinetts statt. Zunächst leitete der Reichskanzler und die neu in die Regierung eingetretenen Minister den Eid auf die Verfassung. Darauf wurde unverzüglich in die Erörterung des neuen Programms der Regierung eingetreten, über das völlige Uebereinstimmung erzielt wurde.

Die Wahl des Reichspräsidenten.

Ebert bittet um baldige Terminbestimmung.

Der Reichspräsident hat folgendes Schreiben an den Reichskanzler gerichtet:

Nach § 2 des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten vom 4. Mai 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 849) hat der Reichstag den Tag für die Präsidentenwahl zu bestimmen. Ich bitte Sie, Herr Reichskanzler, veranlassen zu wollen, daß der Reichstag den Wahltag alsbald bestimmt.

Gesamtergebnis der bayerischen Landtagswahlen.

München, 20. Juni.

Heute konnte endlich die Sitzung des Landeswahlausschusses stattfinden zur Feststellung des endgültigen Gesamtergebnisses der bayerischen Landtagswahl vom 4. Juni. Danach haben insgesamt erhalten die Deutsche Volkspartei 55 Sitze, die Sozialdemokratische Partei 25, die U. S. V. D. 20, die Bayerische Mittelpartei und die Deutschnationale Volkspartei 14, die Deutsche Volkspartei in der Pfalz 5, die Demokratische Partei 12, der Bayerische Bauernbund 12 und die Kommunistische Partei 2 Sitze; zusammen 155 Mandate.

Die Zahl der Arbeitslosen.

Nach den Mitteilungen des Reichsarbeitsministeriums beträgt die Gesamtzahl der Arbeitslosen am 1. Juni nicht weniger als 61 541 weibliche und 208 900 männliche Personen, so daß an etwa 270 000 Arbeitslose mit 222 628 Angehörigen Unterstützung gezahlt wird. Zu dieser großen Zahl arbeitswilliger Menschen, die mit den kleinen Beträgen der Unterstützung nicht im entferntesten ihren notwendigen Unterhalt zu bestreiten vermögen, kommen die zahllosen Arbeiter, die infolge der Betriebs Einschränkungen nur 24 oder 30 Stunden pro Woche arbeiten und natürlich mit dem verringerten Lohn auch nicht leben können. Es gibt keine dringendere Aufgabe als die Lösung dieser Probleme unseres Arbeitsmarktes. Von ihr hängt die Existenz von Millionen unserer Volksgenossen ab. Dazu kommt aber, daß die Güternot nicht mit

Erwerbslosenunterstützung beseitigt werden kann, vielmehr einseitig und allein durch die schärfste Anknüpfung aller Kräfte. Da die kapitalistische Wirtschaft offensichtlich nicht imstande ist, dieser Aufgabe gerecht zu werden, muß die organisierte Arbeiterschaft alles versuchen um die Lösung der brennendsten Fragen in gemeinschaftlicher Form zu erzwingen. Welche Stellung die neue Regierung demgegenüber einnehmen wird, kann und allerdings kaum zweifelhaft sein, denn sie hat nicht umsonst die Wirtschaftsministerien mit Männern besetzt, die Vertreter der schärfsten kapitalistischen Tendenz sind.

Spiegelkandidat.

Bekanntlich hat der „Kriegs- und Marinekurier“ vor einigen Tagen sensationell aufgeschickte Mitteilungen über die Parteiführer und Generalsekretäre der sozialistischen Parteien in die Welt gesetzt. Er wählte von einer U. S. V. Sitzung in München zu berichten, in der die ins Einzelne gehenden Pläne besprochen worden seien.

Unter Münchener Parteiführern, der „Kampf“ gibt in seiner Nummer vom Freitag offen zu, daß in der Tat eine Sitzung Münchener Genossen abgehalten worden sei, in der die Organisation eines künftigen Generalsekretärs auf der Tagesordnung gestanden habe. Dabei aber habe man ausdrücklich nur die Abwehr eines reaktionären Unternehmens im Auge gehabt.

Daß nicht nur die U. S. V., schreibt der „Kampf“, sondern alle Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen für den Fall eines reaktionären Putsches, und nur für diesen Zweck ihre Vorbereitungen treffen, d. h. den eventuellen Streik organisieren, Kurie-Verbindungen schaffen usw., ist ein öffentliches Geheimnis und eine Selbstverständlichkeit. Gegen Banditen vom Schlage der Karburger Arbeitermörder gilt es zur Selbstverteidigung, wenn die Sozialdemokratie um die Verfassung der Wirtschaftskrisenorganisation des arbeitenden deutschen Volkes vor den Überfällen einer Mörderhand zu schützen, gilt es sich wappnen! Daß man mutwillige Sabotage treiben würde, ist eine der gewöhnlichsten politischen Verleumdungen des „Kriegs- und Marinekurier“. Selbstverständlich ist vorgelesen, daß die organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten die verfassungstreuen Einwohner, Arbeiter, und Reichsbürgern im Kampf gegen die autoritären Soldaten unterstützen. Die U. S. V. braucht das gar nicht zu beheimlichen. Im Gegenteil. Sie zücht das ganze Volk zur Organisation dieses Kampfes auf.

Im Zusammenhang mit dieser Nichtigstellung ist ein Erlebnis der Berliner „Vorwärts“-Redaktion von Interesse. Sie versuchte am Freitag morgen durch ein Telefongespräch mit der sozialdemokratischen Münchener „Post“ Aufklärung über die Warnnachricht des Bayerischen Kuriers zu erlangen. Das Gespräch kam jedoch nicht zustande, und der „Vorwärts“ erhielt von der „Post“ folgendes Schreiben:

Sie verlangen heute Auskunft wegen des Artikels „Der deutsche Generalsekretär“ im „Kriegs- und Marinekurier“. Unser Kollege... wollte Ihnen telefonisch Bescheid geben. Als er die Worte sprach, daß hier jedenfalls das Nachwort eines Politikers vorliege, war die Verbindung mit Ihnen unterbrochen und das Telefongerät erlosch. Das Gespräch ist gescheitert. In Bayern ist der Telefondeckel angeblich über Nacht, um der Schieber und Schleichhändler habhaft zu werden. Doch geht unsere Vermutung längt dahin, daß die Überwachung politischer Art ist und daß man vor lauter politischer Spiegelerlei nicht Zeit hat, Schieber und Schleichhändler aufzufinden zu können. Wir haben unsere Vermutung durch das heutige Vorwort bestätigt.

Die Münchener Regierung bemüht sich also, die Klärung über den Wert der Sensationsmeldung einer ihr nachstehenden Presse zu vereiteln und beweist damit ihr schlechtes Gewissen.

Die Wärsicht, die hinter all diesen Veröffentlichungen gerade im gegenwärtigen Augenblick steht, ist ja vollständig klar: es soll auf die Entente eingewirkt werden, um sie von ihrem Verlangen nach Abbau der Reichswehr abzubringen. Unter diesem Gesichtspunkte sind auch neue „Entwürfe“ des „Berliner Dol.-Kng.“ über die sogenannte Rote Armee zu betrachten. Ihr Kern ist ein Einteilungsplan von Mannschaften und Geschützen, den man einem Kurier abgenommen haben will. Wir möchten den Kurier sehen und den, der ihm das Dokument in die Hand gedrückt hat!

Daß das Berliner Organ des Industriellen Großkapitals sich, um seiner Parteiführung größeren Rückhalt zu verschaffen, auf den herabstemmenden Busch von Sensationsmeldungen beruft, ist recht unvorsichtig. Ist doch gerade bei diesem Unternehmen die Mitwirkung von Spiegeln und Provokateuren einwandfrei festgestellt worden.

Der Gesamtbetrag der deutschen Kriegsentwädigung.

L. N. London, 26. Juni.

Eine Denkschrift des Ausschusses für die Arbeitsbeschaffung Deutschland schätzte den Gesamtbetrag, der gezahlt werden muß auf 7 228 622 000 Pfd. Stel. (144 1/2 Milliarden Reichsmark). Davon gehen 215 260 Pfund ab, die der Ausschuß auf die Arbeitsbeschaffung des deutschen Kontos setzen zu müssen glaubt.

Die Bewegung gegen den Steuerabzug.

Der Volksgesundheitsrat der freilorganisierten Betriebsräte und der Gewerkschaftsvereine in Augsburg haben an den Reichstag eine telegraphische Kundgebung gegen den 10prozentigen Steuerabzug gerichtet mit der Bekämpfung, daß sie jede Verantwortung für etwa einzutretende Vorformnisse ablehnen.

Die Betriebsräte beschließen, den 10prozentigen Lohnabzug zu verweigern. Sie fordern zugleich, daß jeder Verteuerung der Lebensmittel unter allen Umständen entgegen gewirkt und von der Reichsregierung auf den sofortigen Abbau der Preise hingearbeitet werde.

Die norddeutschen Gesandtschaften wurden vom dänischen Reichstag einstimmig angenommen. Auch die Sozialdemokraten stimmten für die Annahme.

Wieder eine deutsche Vertretung in Japan. Am Freitag kamen in Tokio 61 deutsche konsularische und diplomatische Beamte an.

Der Widerstand der türkischen Nationalisten. Die „Times“ bringt in einer Konstantinopler Meldung einen Bericht über eine geheime Sitzung des Parlaments von Mustafa Kemal. In dieser Sitzung wurde England als Erzfeind der Türkei erklärt und beschlossen, daß die Nationalisten sich dem türkischen Lebensvertrag bis zum letzten Atemzug widersetzen.

Der Mord an dem Polizeispibel Blau.

Die 110 Spibel der Garde-Kavallerie-Schützen-Division.

Die politische Abteilung des Berliner Polizeipräsidentiums besteht noch.

Der Mordprozess Blau vor dem Berliner Schwurgericht steht noch im Anfangsstadium. Wenn in dem vor einem Jahre beendigten Ledebourprozess und in den vielen anderen politischen Prozessen, die bisher stattgefunden haben, das Todspibelamt der hiesigen und ganz besonders der militärischen Dienststellen galten, so kann man bei diesem Prozess nur noch von Todspibel-Kasernen sprechen. Bereits nach den bisherigen Erhebungen steht fest, dass die Urheber dieser Mordtat Todspibel sind, die im Dienste der Polizei stehen. Darüber hinaus besteht der dringende Verdacht, dass die Tat selbst auch von Todspibel in ausgedehnter Weise begangen worden ist, doch ist das ganze so geschickt inszeniert worden, dass Angehörige der kommunistischen Partei mit in Verdacht geraten müßten.

Bei der gestrigen Verhandlung war besonders beachtenswert, daß das von einem außerordentlichen Kriegsgericht gegen Richtermann gefällte, auf zwölf Jahre Zuchthaus lautende Urteil verlesen werden mußte, um, wie sich der Staatsanwalt ausdrückte, zur Charakteristik des Angeklagten Richtermann beizutragen. Dieses Urteil ist zustande gekommen auf die Aussage des berühmten Todspibels Teufel. Dieser war, wie in dem Urteil ausdrücklich angegeben wird, der Anführer bei dem Richtermann zur Last gelegten Verbrechen des verübten Mordmordes an dem Diamantenhändler Orlovski. Gegen Teufel ist kein Verfahren eingeleitet worden, weil er von seiner vorgelegten Beweise, d. h. der Oberleutnant Westarp, den Auftrag erhalten hatte, Richtermann zu vernichten. Trotzdem der Verdacht und ein anderer Mitanzeige, die beide bei der Aufklärung des Verbrechens zugegen waren, nicht mit Verlässlichkeit behaupten konnten, daß Richtermann bei dem Verbrechen beteiligt war, genügt die Aussage des Todspibels Teufel, weil das Gericht in die Glaubwürdigkeit dieses Zeugen keine Zweifel setzte. Rechtsanwalt Dr. Weinberg hat die Wiederannahme des Verfahrens beantragt, trotzdem soll dieses Urteil zur Charakteristik des Angeklagten in diesem Prozess herangezogen werden.

Besonderes Interesse muß die Öffentlichkeit auch an der Verhaftung des Todspibels Schreiber haben. Schreiber war als Todspibel für die Regierung in München tätig, wurde derselben aber lästig, als er in der Nähe von München einen anderen erschossen hat. Er ist damals in Schutzhaft genommen worden, später aber, nachdem er die protokolllarischen, den jetzigen Angeklagten des Blau-Prozesses schwer belastenden Aussagen gemacht hat, von der Polizeibehörde nach der Schweiz abgeschoben worden. Trotzdem der dringende Verdacht besteht und trotzdem dem Staatsanwalt die Richteradresse des Todspibels Schreiber bekannt ist, besteht nach Ansicht der Staatsanwaltschaft keine Möglichkeit, Schreiber nach Berlin zu holen, um ihn zu vernichten. Es war auch sehr interessant zu hören, daß die als Zeugen geladenen Spibel Stroß, David, Sombon und Teufel deshalb nicht vor Gericht erscheinen können, weil sie in Österreichische Ämter zu beurlauben hätten. Wenigstens behauptete der als Zeuge vernommene Kriminalkommissar Dr. Niemann diese vom Staatsanwalt Dr. Driemann ausgesprochenen Vermutungen, die von dem als Zeuge vernommenen Kriminalwachtmeister Helmsa gemachte Feststellungen, daß er bei der Garde-Kavallerie-Schützen-Division tätig gewesen sei, nicht mit Namen kennen könne, da es 110 waren, war ebenso interessant wie die Mitteilung, daß als Zeuge vernommene Kriminalkommissar Trellin, der erklärte, daß er in der politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidentiums seinen Dienst verleihe. Mit Recht gab der Verteidiger Dr. Rosenfeld seinem Erntommen darüber Ausdruck, da doch diese Abteilung angeblich nicht mehr existiere.

Doch man die bekannte Polizeioffizierin Schröder-Mahnke als Mann verkleidet und ebenso den Todspibel Teufel längere Zeit in die Rolle des Angeklagten Richtermann steckte, um diesem irgendwelche Meutereien zu entlocken, ist ein sehr beliebtes und wirksames Verfahren unserer Untersuchungsbehörden.

Nach allen diesen bisher gemachten Feststellungen können wir es nur begrüßen, daß der Öffentlichkeit durch diesen Prozess gezeigt werden kann, in welcher gemeiner, schmutziger Weise die behördlich sanktionierten Todspibel ihr Soudverf betreiben.

Dritter Verhandlungstag.

Als erster Zeuge wird Kriminalkommissar Dr. Niemann vernommen, der als Mitglied der Vorkommission die ersten Feststellungen nach Auffindung der Leiche Blaus zu machen hatte. Blau war Agent der antisozialistischen Liga in München und übte besonders innerhalb der kommunistischen Partei seine Tätigkeit aus. Da die Angelegenheit einen starken politischen Einschlag habe, sei sie an die Abteilung I abzugeben worden. Besonders habe die Vernehmung Blaus eine Klärung gebracht. Der Angeklagte Richtermann sei durch Angaben des Spibels Teufel schwer belastet worden.

Rechtsanwalt Dr. Weinberg befragt den Zeugen, ob er wisse, warum die Zeugen Stroß und Teufel nicht erschienen sind. Sie stehen doch im Dienste der Polizei und sei der Aufenthalt dieser Spibel doch genau bekannt.

Staatsanwalt: Ich das vielleicht darauf zurückzuführen, daß diese Zeugen den Terror von links fürchten.

Zeuge: Das kann nur das einzige Motiv sein.

Rechtsanwalt: Sie befragt den Zeugen, ob ihm bekannt sei, daß der Spibel Teufel von seinem Auftraggeber, dem Oberleutnant Graf Westarp aus der Verbotsliste der Aufträge erhalten hatte. Richtermann zu vernichten. Der Zeuge verneint dies. Der Angeklagte Richtermann befragt den Zeugen, ob nicht Teufel in seiner Gegenwart erklärt habe, er könne es nicht genau sagen, ob Richtermann bei der Ermordung beteiligt gewesen sei. Der Zeuge Dr. Niemann: Ich das ja.

Es werden hierauf zwei anonyme Schreiben verlesen, die den Angeklagten Richtermann betreffen. Rechtsanwalt Dr. Weinberg protestiert gegen die Verlesung, da diese nur den Zweck haben könne, Stimmung gegen den Angeklagten zu machen. Rechtsanwalt Dr. Weinberg fragt den Zeugen weiter, ob ihm bekannt sei, daß der Todspibel Teufel das dem Diamantenhändler Orlovski geraubte Geld mit Genehmigung seiner Dienststelle behalten hat. Der Zeuge verneint dies.

Bei der Vernehmung des Zeugen Kriminalwachtmeister Helmsa gibt dieser an, daß er den Spibel Teufel bei der Garde-Kavallerie-Schützen-Division kennen gelernt habe. Dieser habe ihm mitgeteilt, ihm sei bekannt, daß Richtermann der Mörder Blaus sei. Außerdem habe er noch eine Reihe anderer Mitteilungen bekommen.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Wer hat Ihnen diese Mitteilungen gemacht? — Zeuge: Agenten der Garde-Kavallerie-Schützen-Division. — Rechtsanw. Dr. Rosenfeld: Wissen Sie die Namen derselben? — Zeuge: Nein, ich kannte nur ihre Nummern. — Rechtsanw. Dr. Rosenfeld: Welche Agentennummern gab es denn bei der Garde-Kavallerie-Schützen-Division? — Der Zeuge: Ich weiß keine Nummern, jedoch antwortet der Zeuge: Einhandzettel. — Rechtsanw. Dr. Rosenfeld: Das genügt mir.

Im Verlauf der Verhandlung ist der Staatsanwalt dem Kriminalkommissar Dr. Niemann den Auftrag, den Spibel Stroß zu verhaften, wenn er seiner habhaft werden könne, sofort zu verhaften, da er unter dem dringenden Verdacht steht. Es wird dann das Urteil des außerordentlichen Kriegsgerichtes gegen Richtermann verlesen. Rechtsanw. Weinberg gibt den Gegenworten dazu die Erklärung ab, daß dieses Urteil angezweifelt werden muß, weil es sich nur auf die Aussage des Todspibels Teufel stützt und deshalb die Annahme berechtigt ist, daß Richtermann unzulässig zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist. Die Verteidigung behält sich vor, die Beweisführung nach dieser Richtung hin, im Laufe des Prozesses anzutreten, so daß dieser Prozess aufgerollt werden muß.

Darauf folgt die Vernehmung des Kriminalkommissars Trellin. Dieser erklärt, daß die Spuren nach München führten. In München hatte er die Vernehmung des Todspibels Schreiber vorgenommen. Der Vorsitzende läßt bei dieser Gelegenheit die Photographien der Spibel Schreiber und Teufel vorlegen.

Der Angeklagte Heppel erkennt in der Photographie des Teufel den Mann, der in der Winklerstraße Wohnung ausgemacht war, der ihm die Flasche mit Morphium und den Strich zur Totung Blaus angedreht hatte. Bezüglich der Photographie Schreibers läßt er das Urteil bekannt vor, es handle sich um eine Ähnlichkeit mit dem Gesicht des einen Feldbrannen, der an dem Mord beteiligt war. Der Angeklagte Richtermann gibt, nachdem er die Photographien angesehen hatte, folgende Erklärung ab: Am 3. oder 4. August kam ich zu dem Genossen Heinrich, dem Redakteur der Zeitschrift „Der Hammer der Gleichheit“. Dort lernte ich diesen Mann kennen, er nannte sich jedoch nicht Schreiber, sondern Schweizer. Genosse Heinrich wollte einen Artikel schreiben, um gegen die terroristischen Ideen anzukämpfen. Schreiber erklärte sich dagegen, und auf die Frage, was denn vorgefallen sei, gab er, in die Enge getrieben, an, daß er den Blau in einer Kommunistenversammlung als Spibel entlarvt habe. Auf die Frage, was denn aus Blau geworden sei, erklärte Schreiber: Blau ist erkrankt. Genosse Heinrich möchte ihm daraus Vorwürfe, da ein Menschenleben doch heilig sei und er als Sozialist einen Mord nicht dulden dürfe.

Vorsitzender: Sie glauben also, in der Photographie des Schreiber diesen Mann wiederzuerkennen. — Angeklagter Richtermann: Ja wohl. Der Staatsanwalt hält darauf den Antrag, den Heinrich als Zeugen zu laden.

In der Nachmittags-Sitzung schildert der Zeuge Kriminalkommissar Trellin, wie er den Schreiber in München kennen gelernt habe, als er sich dort in Schutzhaft befand. Von der Münchener Polizei war er ihm schon als eine Persönlichkeit beachtet worden. Schreiber gab dem Zeugen folgende Darstellung des Sachverhalts: Am 28. Juli habe ich am 28. Juli am Hauptbahnhof München zu treffen, um nach Berlin zu fahren. Verabredungsgemäß trafen sie sich und Herrn erklärte, er müsse noch jemand mitnehmen. Er ringt fort und kam nach einer Weile mit Blau zurück. Herrn, Schreiber, Schuster und Blau führen am Abend des 29. Juli von München ab, um vorläufig bis Leipzig zu fahren. Im Laufe der Fahrt und Schuster in Abwesenheit Blaus dem Schreiber mitteilt, daß man Blau nach Wien bringen will, um ihn zu ermorden, da sie ihn als Spibel entlarvt hätten. Am 30. Juli kamen sie in Leipzig an. In diesem Tage ist von Leipzig ein Brief an das Berliner Tageblatt geschrieben worden, in dem die bevorstehende Ermordung Blaus mitgeteilt wird. Der Schreiber dieses Briefes war nicht zu ermitteln, jedoch wird angenommen, daß Schuster ihn geschrieben hat. Blau und Herrn wollten sich dann (immer nach Schilderung Schreibers) am 31. Juli in Halle treffen, um nach Berlin zu fahren. Schreiber selbst will am 31. Juli nach Hötensleben, dem Wohnort der Eltern Herrn, gefahren sein. Am 2. August abends soll dann Herrn sehr aufgeregt nach Hötensleben gekommen sein und erklärt haben, er komme aus Berlin.

Die beiden nächsten Zeugen, der Vater und Bruder des Herrn schildern diese Angelegenheit gerade umgekehrt. Herrn ist am 1. August in Hötensleben eingetroffen und hat sich persönlich beim Gemeindevorstand angemeldet, was sehr leicht festzustellen ist. Der inzwischen als Todspibel erkannte Schreiber sei aber erst drei bis vier Tage später nach Hötensleben gekommen. Nachdem die beiden Zeugen nicht verurteilt werden brauchen, verlangen sie, daß sie diese Aussagen mit ihrem Eid erhärten wollen.

Der nächste Zeuge Kriminalkommissar Nohrad gibt an, daß er im Dienste der Abteilung Ia, der sogenannten politischen Abteilung stehe. R. N. Dr. Rosenfeld: Ich höre mit Erstaunen, daß der Zeuge von der politischen Abteilung spricht. Es heißt doch, diese sei aufgelöst? Zeuge (lächelnd): Ja, die politische Abteilung ist aufgelöst. R. N. Dr. Rosenfeld: Aber Ihre Abteilung bearbeitet doch den politischen Teil und heißt im Präsidium immer noch politische Abteilung? Zeuge (lächelnd): Ja. R. N. Dr. Rosenfeld: So, so.

Im weiteren Verlauf seiner Vernehmung gibt auch dieser Zeuge an, daß Schreiber aufgefangen habe, daß Herrn erst am 2. August in Hötensleben eingetroffen sei, was von den beiden Zeugen Herrn nochmals auf das allerentschiedenste bestritten wird. Am Schluß der heutigen Verhandlung erluhnt dann R. N. Dr. Rosenfeld den Staatsanwalt, um die Verhaftung eines Menschen, aus dem hervorgeht, daß Blau am 19. Januar 1919 ein Auto des Berliner Reichsautoverkehrs beschlagnahmt hat. Auch wird in diesem Aktensatz gefast, daß Blau bei den Jaunarunruhen als Radfahrer mit einer Gruppe die Wagenkassette der Polizei besetzt hat.

Die Verhandlung wird hierauf auf Montag vormittag 9 1/2 Uhr vertagt.

Der kommunistische Flotten im Schweizer Nationalrat. Der aus Russland zurückgekehrte Schweizer Volkswirt Fritz Blatten, der wegen seiner Tätigkeit im Bundesrat vom Militärgericht zu 6 Monaten Haft verurteilt wurde, rückte in den Nationalrat nach, weil einer seiner Freunde, der in das Verhörungsgericht gewählt wurde, welcher Amt mit dem eines Nationalrats gleichwertig ist, aus dem Nationalrat ausscheidet.

Der Weltkrieg gegen den weißen Schreden.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Der Weltkrieg gegen Dorchungorn wird von der deutsch-österreichischen Arbeiterkassette prompt ausgeführt. Der Kampf der Arbeiterkassette entzündete aber auf den ersten Schlag, wie viele effene und verkappte Freunde das blutige Dorchungorn in der Republik best. Die christlichsozialen Presse erklärt, der Weltkrieg sei die „Judenanone“ und sei ein jüdischer Machfeldzug gegen das christliche Ungarn, aber merkwürdigerweise behauptet die ganze sogenannte „Judenpresse“, d. h. die kapitalistische Presse ebenso gegen den Weltkrieg, als die antisemitische. Außerdem mobilisiert die bürgerliche Presse den Wogen des Spießbürgers gegen das Herz des Proletariats: sie malt die entsetzliche Hungersnot, die Wien infolge des Weltkriegs bedrohen wird, auf die Wand, obwohl die Lebensmittelversorgung gegen die Hungersnot von Ungarn ganz unabhängig ist und höchstens etwas Obst nach Osterreich kommt. Nachdem aber das Obst und vielleicht Gemüse leicht verderbliche Waren sind, hat die ungarische Regierung ein ebenso großes Interesse, daß diese Lebensmittel den Weg ins Ausland finden sollen, als die deutsch-österreichische. Wenn das Obst nicht ausgeführt wird, bleibt es entweder am Hals des bauerlichen Produzenten, oder aber muß es auf dem wenig leistungsfähigen ungarischen Markt abgesetzt werden, was einen Preiskrieg herbeiführen und der Regierung unter der Bauernschaft kaum nützen dürfte. Tatsächlich kommen Nachrichten von Budapest, daß der Obst- und Gemüsemarkt übersättigt ist und die Preise sinken. Die Sozialdemokraten der bürgerlichen Presse, daß die erste Folge des Weltkriegs die Hungersnot derjenigen, d. h. der ungarischen Arbeiterkassette sein wird, zu deren Gunsten der Weltkrieg unternommen wurde, kamen etwas vorwärts.

Während die Weltkriegspartei von allen interessierten Arbeitern befolgt wurde, macht ein Teil der Bauernschaft bei der Post- und Telegraphenverwaltung und bei der Eisenbahn den Versuch, den Weltkrieg zu durchbrechen. Darüber sind schwere Kämpfe entbrannt und der Kampf gegen Dorchungorn nimmt die Formen eines Kampfes gegen die gelben Bauernorganisationen an, die sich wieder die Hilfe der Regierung sichern möchten, was aber bisher an dem Widerstand der sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung gescheitert ist. Am Wiener Obbahnhof versuchte die Bauernschaft die Auflösung der Güterzüge nach Ungarn durchzuführen, die Vertreter der Arbeiter drohten in diesem Falle mit der Lohnkündigung des Engen Verkehrs und forderten von der Betriebsleitung die Suspendierung der beschuldigten Beamten. Diese Forderung trägt den Kampf in die Regierung und so ist der Weltkrieg schon am dritten Tage zu einer Kampffrage der deutsch-österreichischen Politik geworden.

Unter diesen Umständen ist es außerordentlich wichtig, daß die Arbeiterkassette aller an Deutsch-Österreich angrenzenden Länder, aber auch aller derjenigen, wo Nachrichten und Waren nach Ungarn aufgeben werden, das mit den besten Umständen Osterreichern zur Hilfe eilt, daß sie alle nach Ungarn bestimmten Sendungen schon in ihrem Land aufhalten sollen, damit nicht die ganze Last des Weltkriegs von den österreichischen Proletariat getragen werde.

Wien, 26. Juni.

Die Delegierten des internationalen Gewerkschaftsbundes für die am Montag im Staatsamt des Reichers beginnenden Verhandlungen in der Bezahlungsfrage sind heute abend hier eingetroffen.

Lehnbewegung der amerikanischen Eisenbahnen.

HN, Chicago, 26. Juni.

Die Führer der Eisenbahnergewerkschaft erklärten in einer Verammlung in Chicago, die Lage an den Eisenbahnen sei seit Kriegsende sehr ernst. Man müsse daran zweifeln, daß es möglich sein werde, eine vollständige Bezahlung des Transportsverkehrs zu verhindern, wenn nicht die Lohnbereitschaften schnell und befriedigend zu Ende geführt würden.

Die Verhandlungen mit Krassin.

London, 26. Juni.

Eine Gruppe von Großkaufleuten hat mit Krassin verhandelt. Der Führer erklärte später, die Deputierten hätten mit Russland Handelsabmachungen von großer Wichtigkeit getroffen. Aber Wahrscheinlichkeit noch würde es mit Russland zu bedeutenden Geschäftszwischenkommen kommen. Krassin habe sich verpflichtet, daß Russland alle Einkäufe in Gold bezahlen solle.

Stockholm, 26. Juni.

Wie bereits gemeldet, hat der russische Genossenschaftsdirektor Sand durch seinen Vertreter Krassin vor einiger Zeit mit einem schwedischen Konsortium neben anderen Großgesellschaften die Lieferung von 1000 Lokomotiven im Laufe von sieben Jahren abgeschlossen. Dieses Konsortium hat jetzt fast das ganze Aktienkapital von 6 Millionen Kronen der arktischen Schwedischen Lokomotivfabrik der Industriell und Holz. Akt. - Ges. in Trollhättan erworben. Da die Fabrik nur 100 Lokomotiven jährlich liefern kann, ist eine beträchtliche Erweiterung aller Werke geplant.

Personaleränderungen in Bremen. Herr Helling, der bisher das Oberpräsidium von Bremen leitete, wurde von dem Reichspräsidenten zum Oberpräsidenten ernannt worden. — Landrat Schmitt ist jetzt Landrat zum Landrat in Wiesbaden ernannt worden. — Landrat Freyher von Schröder in Ederstraße ist in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden. Der Polizeipräsident Reich in Eilen ist mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes Weiltage vom 1. Juli ab beauftragt worden. — Polizeipräsident Richter endgültig zum Polizeipräsidenten von Berlin.

Soeben erschienen:

Die Internationale

Tragödie in 4 Akten.

Von Emil Hallupp.

Preis 4.— Mark.

Buchhandlung „Freiheit“, Breite Straße 8-9

Uraufführung heute Nachmittag im Walhalla-Theater

Gegen die Wohnungsnot und für die Sozialisierung.

An die deutschen Bauarbeiter, Mieter, Siedler, Kleingärtner.

Die Vorstände der baugewerblichen Arbeiterverbände sehen mit großer Besorgnis das ständige Wachsen der Wohnungsnot. Hunderttausende von Familien sind entweder ganz ohne Wohnung oder müssen sich mit elenden Behelfswohnungen begnügen. In Frankfurt a. M. sind über 30 000, in Berlin über 40 000 Wohnungssuchende vorhanden, für die keine Wohnungen zu beschaffen sind. Bezeichnend liegen die Verhältnisse in andern Orten.

Die Ueberfüllung der Wohnungen und damit die Gefahr der schwersten gesundheitlichen und sittlichen Schädigung großer Bevölkerungsteile nimmt ständig zu. Nach Schätzungen von Sachkennern fehlen in Deutschland zur Zeit

rund eine Million Wohnungen.

Diese Wohnungen müssen gebaut werden, wenn alle unsere Volksgenossen in einigermaßen menschenwürdigen Behausungen untergebracht werden sollen. Sie können aber nicht gebaut werden, weil infolge des Wuchers mit Baustoffen aller Art die Baustoffen zu wohnsünder Höhe emporgeschossen sind und weil die Mittel zum Wohnungsbau fehlen.

In den letzten Jahren haben die Regierungen und Parlamente versucht, die Wohnungsbautätigkeit durch Gewährung von Baukostenzuschüssen in Gang zu bringen. Die Mittel, die für diese Zwecke aufgewendet worden sind, waren vollständig unzureichend. Zur Beseitigung der Wohnungsnot wären Hunderte von Milliarden nötig. Zur Aufbringung dieser Summen haben die Regierungen und Parlamente bis jetzt nicht das Nötigste getan. Es besteht die Gefahr, daß die Wohnungsbautätigkeit in absehbarer Zeit ganz eingestellt werden muß, wenn nicht durch das Eingreifen der Volksgemeinschaft die nötigen Mittel zum Bau neuer Wohnungen beschafft werden. Der Niedergang der Bau-tätigkeit hätte

für die deutschen Bauarbeiter eine nie gekannte Massenarbeitslosigkeit

and eine gewaltige Steigerung des Miets zur Folge, dem auch die Organisation der Bauarbeiter nicht mehr steuern könnte. Auf der andern Seite hätte die Einstellung oder die weitere Einschränkung der Bautätigkeit zu einer

maßlosen Vergrößerung der Wohnungsnot

und zu einer so gewaltigen Steigerung der Mieten, wie sich das wohl heute nur wenige träumen lassen. Den Nutzen davon hätten die Grundbesitzer und die Grundrentner, deren Eigentum gewaltig im Werte stiege. Den Schaden aber hätte das gesamte übrige Volk.

Diesen Gefahren gilt es entgegenzuwirken.

Es gilt, das Gewissen der Öffentlichkeit wachzurufen und den Regierungen und Parlamenten den Ernst der Lage mit aller Eindringlichkeit und Deutlichkeit vor Augen zu führen.

Die Vorstände der baugewerblichen Arbeiterverbände, einschließend des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, halten es für notwendig, daß die gesamte deutsche Bauarbeiterschaft ihre Wünsche an die Regierungen und Parlamente in einer einheitlichen, machtvollen Demonstration zum Ausdruck bringt. Sie rufen deshalb die deutschen Bauarbeiter auf,

am 1. Juli Massensammlungen in ganz Deutschland abzuhalten, um dort ihre Forderungen an die Regierungen und Parlamente zu stellen.

Aber die Förderung der Bautätigkeit und die Beseitigung der Wohnungsnot geht nicht nur die Bauarbeiter an. Auch die Mieter, Siedler, Schrebergärtner, die Mitglieder der Wohnungsgenossenschaften, Heimstättenvereine usw. sind an dem Vorhandensein genügend guter, billiger und gesunder Wohnungen und somit an der Förderung der Wohnungsbautätigkeit interessiert. Sie müssen deshalb ihre Forderungen mit der deutschen Bauarbeiterschaft gemeinsam erheben.

Deutsche Bauarbeiter, Mieter, Siedler, Kleingärtner! Die Beseitigung der Wohnungsnot ist nur mit Hilfe umfassender Sozialisierungsmaßnahmen

zu erwarten. Solange der Kapitalismus dem Volke im Rücken steht, so lange Wucherer und Schieber das Volk ausplündern und durch ihre Treiben der Arbeiterschaft die Lust zur Arbeit nehmen, kommt das deutsche Volk nicht aus dem heutigen Elend heraus. Reht uns deshalb zusammenstehen im Kampfe gegen die Schieber und Wucherer im Bauwesen! Reht uns den Kampf gegen die Selbstsucht aufzunehmen und laßt und den Kampf gegen die selbstsüchtige Aufhebung der Bau- und Wohnungswesen fordern.

Im einzelnen haben wir folgende Forderungen zu stellen:

1. Rüksichtslose Erfassung des verfügbaren Wohnraumes unter Mitwirkung der wohnungslosen Mieter.
2. Beseitigung des privatkapitalistischen Wohnungswuchers durch Ueberführung des Besitzrechtes der Mietshäuser in die gemeinwirtschaftliche Hand von Heimstätten- und Heimstättenverbänden.
3. Schärfste Bekämpfung des Baustoffwuchers. Verbot des Abbruchs von Baustoffbetrieben. Ausbau des Beschlagsnahmerechts an Baustoffen aller Art.
4. Sozialisierung der Zement- und Kalkindustrie und weitestgehende Unterstützung der von der deutschen Bauarbeiterschaft eingeleiteten Sozialisierung der Landbetriebe.
5. Ueberführung des Besitzrechtes am Boden in die Hand der arbeitenden Hand. Bekämpfung des Wuchers mit der Grundbesitzer intensiven Anbaues zur Erhebung unserer Lebensmittelversorgung.
6. Kalkfristige Unterstützung der bestehenden gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften mit Land, Baustoffen und Kapital zur Förderung von Heimstätten mit Gärten.
7. Sicherung und Erweiterung der bestehenden Landkolonien und sonstigen Kleingärten für landlose Wohnungen.

Deutsche Bauarbeiter, Mieter, Siedler, Kleingärtner! Wir erwarten, daß Ihr alleamt die Versammlung am 1. Juli besucht, und sie zu einer Massenandienung gegen die heutige Wohnungsnot und für die Franzgriffnahme der Sozialisierung macht.

Die Vorstände der baugewerblichen Arbeiterverbände.

Die U. S. B. D. und die 3. Internationale.

Bericht des Zentralkomitees über die Ausführung des Leipziger Parteitagbeschlusses.

III.

Am 30. April besuchte uns das Mitglied des Exekutivkomitees der III. Internationale, Genosse Schlapnikoff aus Moskau, der Vorsitzende des russischen Metallarbeiterverbandes. Er überbrachte uns die Grüße der russischen Genossen und forderte uns auf, möglichst bald eine Kommission nach Rußland zu schicken. Eine zweite Unterredung des Zentralkomitees mit dem Genossen Schlapnikoff hatten wir am 7. Mai. Es wurden ihm eine Anzahl von Fragen vorgelegt, die sich auf bestimmte Punkte des Antwortschreibens der III. Internationale bezogen. So die Frage, ob als Verbindung für unsern Zusammenschluß mit der III. Internationale der Ausschuß bestimmter Genossen aus unserer Partei gestell-

würde. Genosse Schlapnikoff meinte, daß sich die Antwort nicht gegen Personen richte, und daß von der Forderung eines Ausschlusses von Mitgliedern aus unserer Partei keine Rede sein könne. Es sei aber notwendig, daß die Partei weder Zweifel an ihrem revolutionären Charakter noch an ihrem revolutionären Willen lasse. Eine weitere Frage war, ob die Moskauer Exekutive als die Vorbedingung für den Zusammenschluß die Verschmelzung unserer Partei mit der kommunistischen Partei Deutschlands stelle. Genosse Schlapnikoff hielt das für ausgeschlossen. Wie sich das Verhältnis dieser beiden Parteien zueinander gestalten werde, das würde sich nach dem Zusammenschluß unserer Partei mit der III. Internationale ergeben. Bei dieser Gelegenheit haben wir den Genossen Schlapnikoff auf eine Reihe irrthümlicher Auffassungen über das Wesen unserer Partei in dem Antwortschreiben der III. Internationale aufmerksam gemacht und eine ausführliche schriftliche Antwort in Aussicht gestellt.

Am 31. Mai erhielten wir dies Telegramm:

Die Exekutive der kommunistischen Internationale stellt mit Bedauern fest, daß der Parteivorstand der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratie ihr Schreiben vom 5. Februar 1920 unbeantwortet gelassen hat. Dieses Schreiben behandelt alle Streitfragen, die zwischen uns und der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratie bestehen. Eine klare Antwort auf unsere Ausführungen würde ganz gewiß zur Klärung eines Verhältnisses des Parteivorstandes der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands zu der III. Internationale beigetragen haben. Mehr noch als diese Unbeantwortung bedauert die Exekutive der kommunistischen Internationale die Tatsache, daß der Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie es für möglich hielt, unser Antwortschreiben den Mitgliedschaften vorzuschicken. Das Verhältnis der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands zur kommunistischen Internationale ist nicht nur Sache des Parteivorstandes, sondern Millionen der deutschen Arbeiter, die hinter der Sozialdemokratie Deutschlands stehen und auf deren energisches Eintreten der Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie genügt war, mit uns in Verbindung zu treten. Für das wirkliche Verhältnis der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands zur kommunistischen Internationale ist die Meinung der unabhängigen Arbeitermassen entscheidend und nicht des halben Dutzend von Männern und Frauen, die im Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie sitzen. Sondern die Million der unabhängigen Arbeiter entscheidet durch Taten, ob sie zur kommunistischen Internationale gehört oder nicht. Wir sind überzeugt, daß es genügt, den Sektionen der unabhängigen Arbeiter den Sinn ihres eigenen Kampfes zum Bewußtsein zu bringen, damit sie sich bewusst für die kommunistische Internationale entscheiden. Die Verheimlichung unseres Schreibens bedeutet also objektiv nichts anderes, als den Versuch der Verschleppung der Entscheidung der U. S. B. D. Massen in der Sache ihres Verhältnisses zur kommunistischen Internationale. Jeder Versuch der Entschärfung dieser Sabotage der Beschlüsse des Unabhängigen Leipziger Kongresses durch den Parteivorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie, der bisher zur Ausführung des Parteitagbeschlusses sich zur Abwendung eines kurzen Verweils aufgeschwungen, zunichte gemacht wird durch die einfache Tatsache, daß für den Kampf der deutschen Arbeiterklasse die Frage des internationalen Zusammenschlusses eine Lebensfrage ist. Wenn abgesehen aber davon hat die Veröffentlichung unseres Schreibens durch unser Westeuropäisches Sekretariat bewiesen, daß eine technische Möglichkeit der Veröffentlichung vorhanden war. Da uns der erste Akt der großen Mehrheit der unabhängigen Arbeiter zum Eintritt in die kommunistische Internationale bekannt ist, halten wir es für unsere Pflicht, ungeachtet der Hindernisse, die der Frage der internationalen Einigung des Proletariats seitens des Parteivorstandes der Unabhängigen Sozialdemokratie gestellt werden, Sie aufzufordern, Ihre Vertreter nach Moskau zu entsenden, damit wir Ihnen die Thesen der Exekutive der kommunistischen Internationale über die faktischen Fragen des Kampfes um die Diktatur des Proletariats unterbreiten können und so zur Klärung der Frage gelangen, welche Gründe den Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratie zur Verhinderung ihres Anschlusses an die kommunistische Internationale bewegen. Dann wird es die Sache der unabhängigen deutschen Arbeiter sein, zu entscheiden, ob sie mit dem Parteivorstand der U. S. B. D. oder mit der Exekutive der kommunistischen Internationale einverstanden sind. Unüberwindliche technische Schwierigkeiten stehen

Unser neuer Roman.

Victor Panin: Die schwere Stunde.

Als Einführung in das Wesen dieser Dichtung geben wir die ausgezeichnete Darstellung der Genossin Anna Siemsen in der unabhängigen Zeitschrift „Der Sozialist“ wieder.

Wir wie die Russen erleben eine schwere, vielleicht die schwerste und entscheidendste Stunde der Menschheitsgeschichte. Es ist gar, in solcher Stunde in fremdem Amok der gleichen Kampf sich spiegeln zu sehen. In diesem Sinne beginnen wir am 1. Juli mit dem Abdruck des russischen Romans. Diese Dichtung wird unseren Lesern und Leserinnen mehr als bloße Unterhaltung sein.

Aus Sowjetrußland! Aus dem Moskau der Revolutionen! Kämpfe gleich nach Friedensschluß. Der Dichter läßt seinen Helden selbst erzählen.

Ein Schriftsteller, ein gelehrter glänzender Mann der russischen Literatur, kommt aus dem Felde zurück. Er findet eine sterbende Stadt, verödete und verlassene Häuser, hungernde, hilflose, untergehende Menschen. Und inmitten dieser Not einen erbitterten Kampf der feindlichen Parteien. Stadtviertel werden bombardiert, junge Widwe, Männer und Frauen, verzweifeln sich nach einem mißglückten Versuch in ihren zur Festung gewandelten Häusern, die Gefangnisse sind überfüllt, Todesurteile werden gefällt. Und daheim findet der im Krieg Ergrabene, müde Gemeindevorsteher ein gefallenes Haus, ein Weib, das ihm treulos geworden, im Schmutz der langen Kriegsjahre verkommen ist. Er findet eine Tochter, die in dem gleichen Schmutz verfallen und verloren ist. Er muß überdies noch ein Kind, ein Kind, das er einst geliebt hat, findet sich von jedem Einkommen, von jeder Lebensmöglichkeit abgeschnitten. Er leidet Not, er hungert. Er sieht seinen kleinen Sohn langsam in Hunger und Mitleid dahinziehen und sterben. Sein Schicksal ist das von Tausenden. Und da ist der Direktor der Moskauer Gefangnisse, den 23 Jahre Kerkerhaft ganz durchwinkt haben mit der Entschlossenheit, das Knäuel alte Regiment und alles, was ihm anhängt, auszuweichen mit allen Mitteln: Gewalt. Er kennt keinen andern, Gewalt mit Gewalt vernichten und durch den Schrecken eine herrliche und freie Zukunft vorzubereiten, das ist sein Glaubenssatz.

Unter diesem Regiment von harten Glaubensfanatikern drängt sich eine Menge hilfloser Menschen, die Sinn und Zweck dieses wahren Geschehens, Sinn und Zweck all ihrer unendlichen Leiden zu erfassen suchen. Wo sie nicht dumpf sich ergeben, wo sie nicht ver-

zweifeln sich empören, finden sie ihn im Leiden selbst. Die Welt ist so bedeckt, so auf den Grund verberbt, daß nur ein Untergrundsewer alles vernichtenden Reiches sie reinigen und retten kann. Man muß sich unterwerfen, man muß sich dem Leid hingeben, es suchen und auslösen, dann allein kann aus dieser Reinigungsnot eine neue und bessere Welt mit erneuerten Menschen entstehen. Aufrichtige Märtyrer und Asketeninbrunst schafft sich diesen Glauben. Und ihre widerstandslose Hingabe ermöglicht es vielleicht einzig, daß unter den unerhörten Krämpfen der Revolution das Volk weiterlebt und überdauert wie die neuwachsenden Kräuter eines ungepflügten Feldes.

Und in diesem ungewöhnlichen Wachen erwacht dann auch der neue Mensch. Oder ist es nicht viel mehr der alte „russische Mensch“, den wir aus Tolstoi und Dostojewsky kennen? Ein alter Landstreicher, der in dem großen und verlassenen Hause, das der Geld bewohnt, sich als Hausmensch selber stabilisiert. Er nimmt keinen Lohn. Er lebt von dem, was ihm die andern freiwillig mitteilen. Er ist für alle da, liebt alle. Seine einzige Aufgabe im Leben ist Menschen zu suchen und mit ihnen Gemeinschaft zu pflegen. „Der gute Mensch“ wird er genannt, weil er liebt jeden so anrecht, Güter Mensch. Sein frommer, sein frommer legend eines Glaubens, kein Kämpfer, sondern ein Einsiedler und Mitleidlicher, der nach dem schönen Wort unseres alten deutschen Meisters Eckhart aus der Wahrheit lebet und seine Werke schafft. In Deutschland haben jemals seit dem Emanuel Quint junge Dichter versucht, ein solches Bild des einfach menschlichen Menschen zu schaffen. Es ist und bleibt nicht möglich, es in solch überaus einfacher Einfachheit hinzustellen. Deshalb, weil wir schreien, weil uns die Arbeiter helfen.

Vielleicht ist ein so harter politischer und sozialer Druck auf der einen, die unbegrenzte Möglichkeit des freien Wanderns und Vagabondierens in einem weiten Lande und einer nur lose verbundenen Gesellschaft — vielleicht ist das beides nötig, um solch weitgehende, weiche, unbekümmerte und gütige Menschen zu schaffen wie jene, die wir als „russische Menschen“ anzusehen und bewundern haben. Im ganzen, soviel engeren Besten sind diese Menschen nicht möglich, nicht möglich vor allem in unserem Lande der Disziplin, der Ruhe und Ordnung und der abgegriffenen Uniformität.

Aus diesem rohen und unheimlichen Menschentum aber strahlt auch auf die anderen die Kraft zur Erneuerung über. Während dem Helden unter den Händen aller geschieht und nicht: Reich,

geschickliche Stellung, Familie, während er den Hunger und die Angst um das nackte Leben kennen lernt und verzweifelt sucht sein Kind zu retten, während er erfährt, wie kräftig sein Geistesleben war, daß er, ein Zerend, die Jugend, die ihm folgt, in tödliche Verwirrung führt; während er die tiefe Selbstverlassenheit durchleben muß, kommt ihm die neue Erkenntnis: das neue Leben erbaute sich nicht durch Vergeltung und Gewalt, sondern durch Verzeihen und Liebe. — Eine einst von ihm Verurteilte, steht zur Sühntatendienz erwidert, wird von ihm gefunden. Er nimmt sie in sein Haus und seine Pflege. Er hält und liebt die verurteilte Tochter. Er bezeugt und ermahnt seinem Weibe, und die beiden reihen sich am Sterbebett ihres Kindes die Hand zur Verbündung.

Ein Stück russischen Daseins, aus unpolitischen, aus parteilosen Augen gesehen. Es ist nicht der berüchtigte Standpunkt über den Parteien, vielmehr der Blick des unpolitischen, hilflosen Menschen, der Blick des geistigen Dichters, dem sich das Spiel der gesellschaftlichen Kräfte auswirft in den Kampf leidenschaftigster Menschen gegeneinander und gegen ein überauswichtiges Schicksal. Durchschauend erkennt er die Hilflosigkeit und Schwandhaftigkeit dieser Kämpfenden und erleidet sie ersehnt mit ihnen. Und dieses Mitleiden — mit den abtäglichen Notenden ebenso wie mit seinem terroristischen Gefängnisdirektor — gibt seiner Dichtung die Parteilosigkeit, die doch von Achtungslosigkeit so weit entfernt ist. Diese Parteilosigkeit vielmehr vermittelt erst recht die starke Erkenntnis des Dichters: das Weib, die alle Gesellschaft und der alte Staat sind zerfallen. Hoffnungslos ist der Kampf jener, die sie wieder erleben lassen wollen. Am härtesten tritt diese Hoffnungslosigkeit hervor in jener Szene, als eine Abordnung von Professoren und Künstlern dem Helden, dem brüchlichen Waise, ihre Notlage vortragen. Sie ahnen nicht, daß er selber gleich hilflos ist, sie ahnen nicht, daß es keine Hilfe für sie gibt, daß sie verloren sind, entwürzelt und preisgegeben mit der Gesellschaft, deren Diener sie gewesen. Sie sehen nur ihr kleines Schicksal und wissen nicht, daß sie einen Weltuntergang erleben.

Der Dichter weiß das. Er sieht alle seine Schrecken, aber er sieht auch, was hindurchfährt: die bebungslos, hingebende und müde Liebe zum Leben, die nur den ganz einfachen aber den ganz gereiften, dem kindlichen und dem durch alle Leiden gegangenen Menschen eigen ist. Darum steht am Ende am neuen Anfang, der „gute Mensch“, der Kreis und das Kind, das neugeboren, mit seinem ersten Lächeln die Unabwärtigkeit des Lebens verkündet.

Der Rest der U. S. P. D. Vertreter nicht im Wege. Wenn dies nicht möglich ist, anfräglich, amerikanische und deutsche Arbeiter, die sich auf eigene Hand zu uns begeben, möglich ist, so werden auch die Vertreter einer Millionenpartei den Weg zu uns finden können, wenn sie ihn nur ernstlich suchen wollen.

Mit kommunistischem Gruß
Die Exekutive der Kommunistischen Internationale.
Sekretär Kadel.

Moskau, den 29. Mai 1920.

Dies Telegramm wurde in folgender Weise beantwortet:

Am 31. Mai 1920 erhielt das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ein Telegramm der Exekutive der Kommunistischen Internationale (Ges. Kadel, Sekretär) aus Moskau. In diesem Telegramm wurde angefragt, warum die Zentrale der U. S. P. D. noch nicht auf die Kundgebung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 8. Februar 1920 geantwortet habe. Darauf haben wir zunächst unter Vorbehalt einer hoffentlich recht bald möglichen ausführlichen mündlichen Besprechung folgendes zu erwidern:

Das Schreiben des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale ist uns erst am 9. April unter recht eigenartigen Umständen überreicht worden. Da die Partei in den letzten Wochen durch den Wahlkampf sehr stark in Anspruch genommen worden ist, war es den Parteiorganisationen des Landes nicht möglich, sich mit der überaus wichtigen internationalen Frage zu beschäftigen. Auch die einzelnen Parteifunktionäre der Parteileitung waren infolge Inanspruchnahme aller Kräfte für den Wahlkampf bis jetzt noch nicht imstande, eine der Auffassung der gesamten Parteileitung entsprechende Antwort zu formulieren. Erst nach dem Beschluß, sofort nach beendigten Wahlen eine Kommission nach Moskau zu schicken, die mit dem Exekutivkomitee eine gründliche Aussprache und eine Verhandlung herbeiführen sollte. Diese Arbeit besteht auch jetzt noch. Sobald die Wahlen zum Reichstag erledigt sein werden und die politische Situation, die allerdings zur Zeit infolge der gegenrevolutionären Maßnahmen sehr unsicher erscheint, es ermöglicht, wird die Kommission die Reise nach Moskau antreten.

Dem Zentralkomitee liegt sehr viel an einer Verständigung mit dem Exekutivkomitee; es bekennt, daß infolge unglücklicher Umstände die Verständigung noch nicht herbeigeführt werden konnte. Weiter muß festgestellt werden, daß dem Zentralkomitee bis heute noch nicht die Adresse des Sekretariats der Kommunistischen Internationale bekannt ist und daß wir auch nicht wissen, welche Personen dieses Sekretariat bilden.

Wir benutzen daher die freundliche Vermittlung des Genossen Schlapnikoff, um dieses Schreiben in eure Hände gelangen zu lassen. Wir beauern, feststellen zu müssen, daß die Art, wie die Kommunistische Partei Deutschlands die Antwort des Exekutivkomitees zu ihren eigenen Partei- und Wahlzwecken auszunutzen versucht hat, nicht zur Förderung einer Verständigung zwischen der Kommunistischen Internationale und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beigetragen hat.

Das Schreiben des Exekutivkomitees vom 5. Februar 1920 ist unserer Parteipresse am 20. Mai zur Veröffentlichung überreicht worden. Wenn diese Veröffentlichung noch nicht in dem gewünschten Umfang erfolgt ist, so ist es darauf zurückzuführen, daß unsere Parteipresse bei ihrem chronischen Papiermangel ihren Raum der Wahlpropaganda zur Verfügung stellen mußte. Wir sind aber sicher und werden auch dazu die Anregung geben, daß nach dem 8. Juni die Frage der Internationale in unserer Parteipresse die gebührende Antwortbehandlung findet.

In der Hoffnung, recht bald in Moskau mit dem Exekutivkomitee in Verhandlungen treten zu können, zeichnet

(Unterschrift)

Am 9. Juni schrieb uns das Moskauer Sekretariat der Kommunistischen Internationale:

Wir übersenden Euch anbei die Tagesordnung des zweiten internationalen Kongresses der Kommunistischen Internationale. Wir schlagen Euch vor, die von Euch bestellte Delegation nach Moskau aufzulegen, daß es für Euch sein wird, gleichzeitig mit dem Kongresse in Moskau anwesend zu sein.

Wir antworteten am 11. Juni:

Das Zentralkomitee der U. S. P. D. dankt für die freundliche Mittheilung der Tagesordnung des II. internationalen Kongresses der Kommunistischen Internationale. Das Komitee wird seiner Anregung Rechnung tragen und seine Delegation nach Moskau so einrichten, daß sie gleichzeitig mit dem Kongress in Moskau anwesend ist.

Am 11. und am 19. Juni nahmen das Zentralkomitee, der Sekretär und die Kontrollkommission außerdem in einer gemeinsamen Sitzung zur Frage der Internationale Stellung. Es wurden nunmehr die Genossen Crispian,

Däumig, Dittmann und Sieberer nach Moskau delegiert. Entsprechend dem Beschluß unseres Leipziger Parteitages herrscht Einmütigkeit darüber, daß unsere Vertreter in Moskau auf der Grundlage unseres Aktionsprogramms als vollkommen Gleichberechtigte wegen des Zusammenrückens unserer Partei mit der III. Internationale zu verhandeln haben, unter Wahrung der Autonomie unserer Partei über ihre inneren Angelegenheiten und über ihre Taktik bei strenger Anerkennung und Beachtung des Ziels und der Grundsätze, die sich die Internationale gibt.

Dieser Bericht wird auch jene höchsten persönlichen Treibereien als Verleumdungen brandmarken, durch die einzelne unserer Parteigenossen als Saboteure des Zusammenrückens mit der III. Internationale erscheinen sollen. In unserer Partei besteht erfreuliche Übereinstimmung darüber, daß alles geschehen muß, um den Beschluß des Leipziger Parteitages zur Frage der Internationale unbedinglich und loyal durchzuführen.

Gewerkschaftliches.

Blumen- und Federarbeiterinnen Groß-Berlins sind bereit!

Der Tarifvertrag der mit dem Arbeitgeberverband der deutschen Blumen- und Wälderarbeiterinnen einerseits, und dem Verband der Federarbeiterinnen, Näbsterle Groß-Berlin andererseits am 29. Dezember 1919 abgeschlossen wurde, ist von der Organisation gekündigt worden. Ein neuer Tarifvertragsentwurf ist den Arbeitgebern eingereicht. Jetzt erhält der Arbeitgeberverband folgendes Schreiben:

Wir beklagen den uns eingereichten Tarifvertragsentwurf und erlauben uns, darauf folgendes zu erwidern: Die augenblickliche Konjunktur erscheint uns nicht für Tarifverhandlungen geeignet. Wir möchten empfehlen, daß Sie die ausgeprochene Kündigung zurückziehen, und daß wir den Tarif bis auf weiteres mit demselben Kündigungsschutz f. beide Teile verlängern.

Wir hoffen, daß Sie mit unserem Vorschlage einverstanden sind und zeichnen

Hochachtungsvoll

Arbeitgeberverband der deutschen Blumen-, Wälder- und Federarbeiterinnen und deren Gewerbe G. B.

Der Vorstand,

Dr. Birbaum.

Blumen- und Federarbeiterinnen merkt Ihr was? Die Herren mit dem Morgenlicht Sie halten jetzt die Zeit für gekommen, Ihren Arbeitnehmern den Daumen auch heute zu drücken, hat es doch ein Herr fertig gebracht, einem Arbeiter zu sagen, er soll sich die Zulage von den Verbandsgestellten zahlen lassen, denn die seien ja bloß von den Arbeitern! Merkt Ihr es? Eure Organisation ist den Herren schon lange ein Dorn im Auge, trotz ihrer Freundschaft. Nun glauben sie einen Schlag gegen diese führen zu können. Daß diese Absicht zu scheitern werden, und zwar auch um so fester um die Fahne der Organisation, um den Nachteil der Herren ein Parteilichkeiten zu können. Vor allen Dingen verweigert von heute ab jede Abendarbeit und jede Überstunde. Wer jetzt noch Überarbeit oder Überstunden leistet, begeht ein Verbrechen nicht nur an sich, sondern an die gesamte Arbeiterschaft.

Am Mittwoch, den 30. Juni, abends 8 Uhr, findet bei Wegner, Scheibstr. 30, eine Funktionärskonferenz für unsere Organisation statt. Das Erscheinen aller ist dringend notwendig.

Eine Firma, die sich über die Beschlüsse ihrer Organisation hinwegsetzt.

Alle Versuche des Deutschen Transportarbeiterverbandes, welche im Auftrage ihrer dort beschäftigten Mitglieder unternommen wurden, haben es nicht vermocht, die Kohlenfirma Sogacener zur Anerkennung des Tarifes zu verpflichten. Auch der Spruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin, der dahin geht, daß die Firma den zur Zeit geltenden Tarif anzuerkennen verpflichtet ist, sind an dem Starrsinn des Firmeninhabers gescheitert. Nunmehr sehen sich die Arbeiter genötigt, von dem letzten ihnen zu Gebote stehenden Mittel Gebrauch zu machen und die Arbeit niederzulegen. Seit Montag, den 21. Juni 1920, stehen dieselben geschlossen im Streik. Die Firma versucht sich nunmehr dadurch zu helfen, daß sie eine Kleinlohnfirma aus der Embener Straße mit der Ausführung ihrer Arbeiten beauftragt hat. Derselbe hat sich auch tatsächlich be-

reitet gefunden, den Streikenden in den Mägen zu fassen. Wir haben nunmehr die Sperrung über die Firma Sogacener, Union- und Wollstraße, verhängt. Jeder, der dort arbeitet, ist als Streikbrecher zu betrachten. Vor Zugang wird dringend gewarnt.
Deutscher Transportarbeiterverband.

Generalversammlung der Fabrikarbeiter.

Die außerordentliche Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin behandelte gestern unter dem Vorsitz des Gen. Raimann die Anträge zum Verbandstag. Gen. Müller berichtete über die zahlreichen Anträge, von denen sich ein beträchtlicher Teil gegen die Kriegspolitik der Gewerkschaften, gegen die Haltung des Gewerkschaftsbundes während der Kappzettel, gegen die Arbeitsgemeinschaften und gegen die Haltung der Redaktion des „Proletarier“ richtete. Die Diskussion zeigte, daß die Berliner Mitglieder die Annahme dieser Anträge wünschen. Beschlüsse wurden in dieser Frage nicht gefaßt. Auf Antrag der Ortsverwaltung wurde eine Beitragserhöhung für Berlin beschlossen.

Angestellte der Berliner Metallindustrie!

Montag vormittag 9 Uhr findet in Haverlands Festsaal, Neue Friedrichstr. 10, eine Versammlung der Betriebsräte, Angestelltenräte, Betriebsräte sowie der Verbandsfunktionäre, die der Ufa angegeschlossen sind, statt. Es wird Bericht erstattet über die Sommerverhandlungen im Reichsarbeitsministerium. Diese haben zu einem vorläufigen Vergleich geführt, über den unbedingt Beschluß gefaßt werden muß. Alle Stammitglieder der Betriebsvereinigungen, sowie alle Stammitglieder müssen unbedingt anwesend sein, um in den Betriebsversammlungen am Montag nachmittag Bericht erstatten und abstimmen lassen zu können.

Die Verschmelzung der Eisenbahnerorganisationen.

Die in Augsburg abgehaltene Generalversammlung des Verbandes des deutschen Verkehrspersonals hat einstimmig die Verschmelzung mit dem Deutschen Eisenbahnerverband beschlossen. Letzterer hat eine Mitgliederzahl von über 400 000, der Verband des deutschen Verkehrspersonals über 100 000. Mit der Verschmelzung dieser beiden Verbände würde die stärkste Eisenbahnerorganisation der Welt geschaffen. Die Vertreter des Verkehrspersonals, des im Verband des deutschen Verkehrspersonals stark vertreten ist, erklären, daß das Verkehrspersonal unter allen Umständen im großen Verband bleiben wird.

Achtung! Holzarbeiter!

Folgende Betriebe sind wegen Einführung verschlechterter Arbeitsbedingungen und Entlassung der Betriebsräte gesperrt: Tischlerei Kurt Böbel, Müddendorfer Str. 23, Tischlerei Norddeutsche Möbelfabrik, Frankfurter Allee 307, Tischlerei George u. Köhler, Strelitzer Str. 20, Tischlerei Steinbach u. Gaudin, Wollankstr. 34. Die Sperrung über die Tischlerei Hoyerling ist aufgehoben. Die Ortsverwaltung.

Allgemeiner Streik der Arbeiter und Angestellten in Potsdam.

Seit Sonnabend nachmittag 6 Uhr ruhen in Potsdam alle städtische Betriebe mit Ausnahme der lebenswichtigen. Die Straßenbahn verkehrt nicht, ebenso liegt das Gaswerk still. Das Wasserwerk ist vom Streik ausgenommen. Die Ursache des Streiks ist die Ablehnung der Forderungen der Arbeiter und Angestellten nach Gleichstellung mit den Groß-Berliner Gemeindeangestellten. Für den Streik haben sich 90 Proz. der Beteiligten ausgesprochen. Auch die Beamten beschließen sich dem Streik anzuschließen.

Verband der Steinsetzer und Fernschreibern! Am 1. Juli nachm. 6 Uhr, findet im Juleck Busch eine große Protestversammlung statt. Wegen Stellungnahme dazu treffen sich alle Vorstandsmitglieder, Betriebsräte, Betriebsräte, sowie alle Vertrauensmänner aus dem Gau Groß-Berlin am Montag, den 28. Juni, abends 7 Uhr, in Berlin, Invalidenstr. 1 (Hermannstr.). Erscheinen der betreffenden Kollegen ist dringend erforderlich. J. A.: J. Sibura, Gauleiter.

Erklärung: Der Ortsvorstand des Verbandes der Buch- und Steindruckereiarbeiter und Arbeiterinnen legt Wert darauf festzustellen, daß der Bevollmächtigte Otto Glöck in der Versammlung der Betriebsräte (Gewerkschafts Gewerbe) nicht im Namen des Ortsvorstandes gesprochen, sondern seine persönliche Meinung zum Ausdruck gegeben hat.

Betriebsräte, Obsteu- und Vertrauensmänner der Zettler, Tapezierer und Portefürer. Montag, nachm. 8 Uhr, Versammlung in der Aula des Sophien-Realgymnasiums, Weinmeisterstraße 16/17.

Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend e. G. m. b. H.

Manufakturwarenlager: Brunnenstraße 188/190, I. Etage

Das Geschäft ist von 9 bis 6 Uhr geöffnet

Wir bringen, solange Vorrat:

Verkauft nur an Mitglieder!

Baumwollwaren:

Louisianatuch, Kissenbreite Mtr. 15.50
Deckbettbreite 20.50
Lacytas, für Laken 29.50
Bettkattun, reiblich 19.50
nlett, Qualität Kissenbreite 29.75
Deckbettbreite 45.50

Hemdentuch! extra starke Qualität Mtr. 14.50

Kleiderstoffe:

Musseline, matt Mtr. 14.50 19.50
Schleierstoffe 19.75 22.50

Herrenstoffe, 140 cm br. . . . Mtr. 98.00

Damen-Konfektion:

Leinen-Bluse 18.50
Sport-Bluse 29.50
Musseline-Bluse 39.50
Sport-Röcke 49.00

Kunstseidene Jacken 195.00

Ein Posten Damen-Mäntel 125.00

Herren-Artikel:

Sporthemd, farbig, mit 2 Kragen 79.00
Weiße Servietten, bunt 7.00
Sportkragen, weiß und farbig 8.50
Hosenträger 3.50 4.50

Strumpfwaren:

Damen-Strümpfe, starkes Gewebe 7.50
Damen-Strümpfe, sanfter, engl. lang 14.50
Herren-Strümpfe, schwarz und farbig von 2.50 an
Kinder-Strümpfe 1.50
Kinder-Söckchen 0.75

Trikotagen:

Normal-Hemden 30.00 40.00
Herren-Hemden mit Einsatz 34.50 59.00

Bade-Anzüge schwarz und blau mit farbigem Besatz 36.50

Taschentücher:

Batist, mit Nalbaum und bunter Kante für Damen 1.95 2.75 2.95
Herren 3.25 3.80 4.25
Großer Posten Spielhöschen und Kittel Stck. 7.50

Ein Posten Kinder-Südwestster

aus baumw. Stoffen, Strohborden, Kinder-Jockey- und Pflüger-Mützen 5.90 Stck.

Ein Posten Damen- und Kinder-Hüte

fertig garniert! Aus Seide, Stickerellen, Strohbörde usw. Stck. 13.50 16.50

Schuhwaren:

Hochschaff-Damensiefel, schwarz 135.00 165.00
Hochschaff-Damensiefel, braun 175.00
Damen-Schnür- und Spangenschuhe, schwarz 95.00 125.00

Damen-Schnür- und Spangenschuhe, braun 95.00 145.00
Herrensiefel, schwarz 175.00 195.00
Herrensiefel, braun 195.00 245.00

Kindersiefel Gr. 24/26 Gr. 27/28 Gr. 31/32
88.00 78.00 98.00
Turnschuhe mit Ledersohle Gr. 27/28 Gr. 31/32 Gr. 34/35
23.00 29.00 33.00

Touristensiefel, extra stark, mit doppelter Sohle schwarz 125.00 165.00 braun 185.00

